Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Bei der Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 81. | Dresden, Montag den 11. April 1910. | 21. Jahrg.

Das Volksheer.

Wahlrechtsdemonstrationen in Preußen.

Ein gewaltiges Volksheer ist am Sonntag in Preußen marschiert. Eine Viertelmillion Wahlrechtskämpfer allein in Berlin, und wie in Berlin überall im Lande zahllose Versammlungen mit ungeheurer Beteiligung.

Der Führer der kleinen mächtigen Junkerpartei, Herr von Heydebrand, hatte in frevler Vermessenheit das höhnische Wort gesprochen; er wisse, daß die Wahlrechtsbeschlüsse des Abgeordnetenhauses den Beifall der Massen nicht finden werden. Darin hat er sich nicht getäuscht. Hunderttausende aber mals Hunderttausende haben am Sonntag dem preußischen Abgeordnetenhause ins Gesicht geschrien, was von diesen Beschlüssen zu halten ist. Hätte Herr v. Heydebrand, wie die preußischen Minister diese Massen gesehen, sie wären sicher nachdenklich geworden und in ihren Gehirnen wäre Erkenntnis aufgedämmert, daß es nicht mehr lange möglich wird, gegen den ausgesprochenen, entschlossenen Willen der Massen zu regieren.

Wer herrschen will, sagt ein altes, von unseren Gegnern zitiertes als beherzigtes Wahrwort, der muß erst sich selbst beherrschen lernen. Von dieser Selbstbeherrschung haben die Preußischen, voran die Berliner Wahlrechtskämpfer, ein Beispiel gegeben. Diese endlosen Scharen der Wahlrechtsdemonstranten hatte kein Ruf des obersten Kriegsherrn, kein behördlicher Befehl zusammengerufen. Kein Strafgesetz und keine Disziplinarartikel befestigten ihre Disziplin. Eine Armee ohne Kommandorufe, ohne Vorgesetzte — und doch in wunderbarer Ordnung nach einheitlichem Plan operierend. Keine Störung, keine Stockung im Aufmarsch der Hunderttausende, reibungslose Verteilung über die weiten Flächen der Versammlungsplätze, Räumung und Abmarsch zur festgesetzten Stunde, und dann darauf wieder alles wie vom Erdboden verschwunden! Ein taktisches Kunststück wär's, wenn es von einer regulären Armee vollbracht worden wäre, und man kann billig bezweifeln, ob der umständliche Apparat des Militarismus überhaupt imstande wäre, etwas Aehnliches mit ähnlicher Vollkommenheit zu vollbringen. Mehr als ein taktisches Kunststück, etwas Neues und Wunderbares ist's, was die Massen ohne Zwang und Kadavergehorsam, in der Kunst der Selbstbeherrschung geleistet haben. Damit haben sie den unwiderleglichen Beweis erbracht, daß sie längst aufgehört haben, „Massen" im verächtlichen Sinne ihrer junkerlichen Gegner zu sein; so wie die preußischen Wahlrechtskämpfer am Sonntag es getan, so benehmen sich „urteilslose, gedankenlose" Massen nicht, das ist ein Volk innerlich freier, gleichgesinnter Menschen. Das ist eine Armee, wie sie kein Monarch, weder der gekrönte, noch der ungekrönte König von Preußen, sein eigen nennen kann!

Es ist der Trost der Gegner, daß diese Armee keine Waffen hat, aber auch ohne Waffen, von friedlicher Gesinnung erfüllt, kann und wird sie ihren Feinden gefährlich werden. Heute ist ja die Entwicklung der Dinge in Preußen glücklich so weit gediehen, daß man sagen kann, das herrschende Junkertum würde nicht wagen, was es wagt, wüßte es nicht das Volk unbewaffnet und vertraute es nicht der blind willenlosen Disziplin des von Junkeroffizieren befehligten Militärs. Aus derartigen Erwägungen mag sich eine herrschende Klasse über einen einzelnen schwierigen Augenblick hinweghelfen, eine gesunde feste Herrschaft läßt sich aber auf solchem Grunde nicht errichten. Seit dem Frühjahr 1910 ist die Junkerherrschaft in Preußen waidwund und sterbenskrank; wenn sie sich noch eine Weile weiterschleppen mag, der Tag ist nicht fern, an dem sie hinstürzen wird, um unrühmlich zu enden.

•

Die Demonstrationen in Berlin.

Aus Berlin wird uns berichtet:

Der Wahlrechtssonntag stand unter dem Zeichen der Schwenkung, die die preußische Regierung gegenüber den Demonstrationen vollzogen hat. Die reaktionäre Presse spie in ihren Ausgaben am Sonnabend abend und Sonntag morgen noch einmal Gift und Galle gegen den Berliner Polizeipräsidenten, der die Schwenkung begonnen und die dann auch von verschiedenen seiner Kollegen in Preußen nachgemacht wird. Kreuzzeitung und Post rechneten der Regierung immer wieder vor, wie teuer sie diese „Nachgiebigkeit gegen die Sozialdemokratie" bezahlen hätte, wie ihr Ansehen, ihre Autorität künftighin verloren sei. Und die nationalliberale Presse von der Rheinisch-Westfälischen Zeitung bis zu den Leipziger Neuesten Nachrichten stieß in das gleiche Horn, kurz in der ganzen rückschrittlichen Presse ein einziger Wutschrei über diesen Sieg der Sozialdemokraten. Der fromme Reichsbote wandte sich in seiner Angst flehend an den Himmel um Hilfe. Er schrieb in einem Artikel zu den nunmehr genehmigten Demonstrationen: „Die wirksamste Unterstützung der Ordnung wäre ein ausgiebiger Aprilregen. Aber auch der Himmel versagte seine Hilfe, es blieb schön und v. Jagow kann wieder schreiben: „Die Demonstration wurde vom schönsten Wetter begünstigt."

Viel weniger Angst als die reaktionäre Presse hatte offenbar der Polizeipräsident von Berlin, der, nachdem er einmal die Schwenkung vollzogen, nun sie auch frischen Mutes gegen alle verteidigte, die daran etwas auszusetzen hatten. In einer Mitteilung an die Presse teilt Herr von Jagow mit, daß er den Demonstrationen gegenüber keine anderen Maßregeln treffen werde, als wie sie bisher geschlossenen Versammlungen gegenüber üblich gewesen seien. Er werde die Versammlungen nicht einmal überwachen lassen. Die Polizei werde sich darauf beschränken, die Straße für den Verkehr freizuhalten und da nach der Zusage der Sozialdemokraten Auf- und Abmarsch in kleinen Trupps erfolgen soll, werde kein Anlaß sein, diesen Zügen entgegenzutreten. Erleichtert werde die Aufgabe der Polizei dadurch, daß die sozialdemokratische Partei von vornherein die verschiedenen Stadtteile Groß-Berlins auf die drei Versammlungsplätze systematisch verteilt habe. Das Polizeipräsidium sei der bestimmten Hoffnung, daß alles in Ruhe und Würde verlaufen werde.

Diese Hoffnung des Polizeipräsidenten hat sich erfüllt. Die Berliner Demonstration ist ebenso eindrucksvoll wie würdevoll verlaufen. Die Wünsche der Scharfmacher und die Besorgnisse des Militärs haben sich nicht erfüllt. Die Militärbehörden hatten nämlich, höherer Weisung folgend, alle für Sonntag erteilten Beurlaubungen in Berlin zurückgezogen. Das gesamte Militär sollte bis abends 7 Uhr in den Kasernen bleiben. Und die Garnisonen in Potsdam und Spandau hatten von Berlin aus Befehl erhalten, den Mannschaften am Sonntag nur Urlaub für den Garnisonstandort, nicht aber für Berlin zu erteilen.

Bereits um 11 Uhr vormittags hatten sich die Parteigenossen in den verschiedenen Zahlstellen Berlins und der Vororte eingefunden, um in Gemeinschaft mit den Bezirksleitern die ihnen zugewiesenen Versammlungsplätze zu besuchen. Um 1 Uhr herrschte überall ein reges Leben und Treiben. In Trupps von anfangs 100 bis 200 Mann, die sich später zu einem nicht abzusehenden Zuge vereinigten, erreichten die Demonstranten das Ziel. Dieses war Treptow im Süden, der Friedrichshain im Osten und der Humboldthain im Norden. Die Zahl der Demonstranten, die an den Versammlungen teilnahmen, wird auf 200 000 Menschen geschätzt. Hiervon waren in Treptow etwa 100 000, im Friedrichshain 40 000 und im Humboldthain 60 000. In Treptow wurde von 10 Tribünen herab durch je zwei sozialdemokratische Redner zur Wahlrechtsfrage nochmals Stellung genommen. Im Friedrichshain sprachen von 3 Tribünen neben dem Demokraten noch Dr. Breitscheid noch 5 sozialdemokratische Redner und im Humboldthain zwei Demokraten und zwei Sozialdemokraten. Die Redner fanden mit ihren Ausführungen, die oftmals von lebhaften Zustimmungen unterbrochen wurden, allseitigen Beifall. Nachdem die Redner geendet, wurde die Protest-Resolution angenommen. Diese hatte nur in den Versammlungen im Humboldthain eine Aenderung dadurch erfahren, daß hier, wo es sich anfangs um eine demokratische Kundgebung handelt, nicht zum Eintritt in die sozialdemokratische Partei, sondern nur zum Anschluß an die politischen Organisationen aufgefordert wurde. In allen Versammlungen wurde etwa eine Stunde lang gesprochen, so daß sich nach Schluß der Reden bei der Abstimmung der Resolution ein einziges Händemeer zeigte.

So wie der Anmarsch, erfolgte auch der Rückzug der Wahlrechtsdemonstranten. Es ließ sich allerdings hierbei nicht ganz vermeiden, daß geschlossene Züge zusammenkamen. Die Polizei, die nur sehr spärlich vertreten war — auf den Versammlungsplätzen sah man überhaupt nur zwei bis drei Beamte —, hatte hiergegen nichts einzuwenden, so daß der Abmarsch die gleiche mustergültige Ordnung wie der Anmarsch zeigte. Da keine Polizei sich den Demonstranten entgegenstellte, verlief die ganze Protestkundgebung ohne jeden Zwischenfall.

•

Ueber die Demonstrationen im übrigen Preußen gehen uns folgende Berichte zu:

Brandenburg. Auf dem Trauerberge fand eine Versammlung unter freiem Himmel statt. Die Behörde hatte den mitten in der Stadt gelegenen Platz hierzu freigegeben. Die Versammlung war von zirka 5000 Personen besucht. Der Freie Männerchor eröffnete und schloß die Versammlung mit Gesang. Störungen kamen nicht vor, alles verlief durchaus würdig.

Rathenow. In einer polizeilich genehmigten Versammlung unter freiem Himmel demonstrierten mehrere Tausend Wahlrechtskämpfer. Die Teilnehmer waren in geschlossenem Zuge, der sich durch die Hauptstraßen der Stadt bewegte, zum Versammlungsplatz gezogen. Die Kundgebung schloß mit der Annahme der Berliner Resolution. Die Polizei verhielt sich reserviert, Störungen kamen nicht vor.

Finsterwalde. Im Anschluß an eine Wahlrechtsversammlung veranstalteten ca. 1000 Personen einen Umzug, der ohne Störung verlief.

Kottbus. Die Versammlung zählte ca. 2000 Teilnehmer. Nach der Versammlung fand ein Straßenumzug statt, der ohne Zwischenfälle verlief.

Forst. Hier wurde eine Versammlung abgehalten, die von 1500 Personen besucht war. Straßendemonstrationen fanden nicht statt, die Versammlungsteilnehmer gingen ruhig auseinander.

Breslau. Die hiesige Arbeiterschaft demonstrierte durch einen Massenspaziergang, den sie am Nachmittag nach dem städtischen Südpark unternahm. Der Rückmarsch nach der Stadt erfolgte in losen Gruppen, die das Innere der Stadt zu erreichen versuchten. Hier trat ihnen die Polizei entgegen, zog auch blank, wagte aber nicht dreinzuschlagen, weil sich unter den Wahlrechtsdemonstranten auch zahlreiche Angehörige des Bürgertums befanden, die nicht der Demonstration halber auf der Straße waren. Es wurde eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen.

Waldenburg. Die Partei hatte die Genehmigung zu einem Wahlrechtsumzug nachgesucht, diese wurde aber mit folgender Begründung abgelehnt: „Die Gefahr für den Verkehr und die öffentliche Sicherheit ist bei einer solchen Wahlrechtsdemonstration zu befürchten, weil solche Demonstrationen, wie die Erfahrung lehrte, stets mit Tumult, Verkehrsstockungen, Lärm, Geschrei und mißtönendem Gesang verbunden sind. Sollte trotz dieses Verbots der Aufzug in Szene gesetzt werden, so wird derselbe mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln verhindert und werden Veranstalter, Leiter und Teilnehmer zur Strafe gezogen werden." Trotz dieses Verbots demonstrierten über 10 000 Personen. Polizei und Feuerwehr gingen gegen die Masse, die sich größter Ruhe befleißigte, tätlich vor. Zahlreiche Frauen und Kinder wurden verletzt. In der Bevölkerung herrscht größte Erregung.

Striegau. Vormittags fand hier ein Demonstrationszug über den Ring und dann ein Ausflug nach Stanlowitz statt. Dort wurde eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten, an der 600 Personen teilnahmen. Die Polizei war durch diese Versammlung überrascht worden.

Königsberg i. P. Es wurden zwei Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten, an denen etwa 5000 Personen teilnahmen, die wacker aushielten, obwohl abwechselnd Schnee und Regen fiel. Die Partei hatte Ordner gestellt, der Abmarsch verlief daher ganz ungestört. Ein starkes Polizeiaufgebot verhielt sich passiv.

Graudenz. Ein polizeilich genehmigter Demonstrationszug zog mittags 12 Uhr durch die Hauptstraßen der Stadt nach dem Goldenen Anker, wo eine Versammlung den Abschluß der Demonstration bildete.

Stettin. 6000 Stettiner Arbeiter demonstrierten morgens um 10 Uhr auf dem Paradeplatz. Die überraschte Polizei suchte vergeblich die Stadtviertel, in denen die Besitzenden wohnen, von Demonstranten freizuhalten. Auf dem Kaiser-Wilhelms-Platz löste sich die Demonstration mit Hochrufen auf das gleiche Wahlrecht auf. Die nunmehr mit Verstärkungen erschienene Polizei suchte durch besonders schneidiges Vorgehen gegen Frauen und harmlose Kirchgänger den Aerger über ihre Ueberrumpelung zu verwinden. Stundenlang ließ sie noch den Paradeplatz durch Posten bewachen.

Bergen (Insel Rügen). Auch bis auf die Insel Rügen ist die Wahlrechtsdemonstration vorgedrungen. In Bergen demonstrierten in einer Versammlung unter freiem Himmel 500 Personen für das Wahlrecht.

Altona-Ottensen. Die Wahlrechtsdemonstration verlief hier überaus glänzend. Zu ½12 Uhr waren drei Versammlungen anberaumt. Gegen 10 Uhr jedoch versammelten sich schon Tausende auf dem freien Platz an der Fritz-Reuter-Straße. Die Polizei war überrascht worden und erschien einige Zeit später, sechs Mann stark, unter Führung eines Wachtmeisters. Er begab sich in die Mitte des Platzes und forderte zum Auseinandergehen auf. Die Menge wurde dahin gedrängt, wohin sie wollte und dank der Polizei formierte sich ein gewaltiger Demonstrationszug, der seinen Weg durch die Straßen Altonas nach den Versammlungslokalen nahm. In den Versammlungen mögen sich 12 000 Personen zusammengefunden haben. Mit den Versammlungen hatte die Demonstration ihr Ende, es ereignete sich kein weiterer Zusammenstoß mit der Polizei.

Kiel. In Kiel fanden drei Versammlungen in Sälen statt, nachdem die polizeilich genehmigte Versammlung unter freiem Himmel unmöglich geworden war, weil Bürgermeister Lindemann die Hergabe des städtischen Jugendspielplatzes verweigert hatte. Die Versammlungen waren von 7000 Personen besucht. Eine Demonstration nach der Versammlung fand nicht statt.

Magdeburg. In der Stadt Magdeburg wurden sieben Versammlungen abgehalten. Nach Schluß derselben zogen die Teilnehmer unter Hochrufen auf ein freies Wahlrecht und Absingen der Marseillaise in das Stadtinnere und demonstrierten dort gemeinsam. Die Polizei verhielt sich passiv, so daß es zu keinen Zwischenfällen kam. — Im Regierungsbezirk Magdeburg fanden insgesamt 46 Versammlungen statt.

Erfurt. Eine polizeilich genehmigte Versammlung unter freiem Himmel war von 2000 Männern und Frauen besucht. Nach der Versammlung zogen die Versammlungsteilnehmer in das Innere der Stadt. Die Polizei verhielt sich mit wenig Ausnahmen zurückhaltend. Vor dem Regierungsgebäude war abgesperrt. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

Mühlhausen i. Thür. Der Versammlung folgte ein Straßenumzug, an dem sich 2000 Personen beteiligten. Die Polizei verhielt sich zurückhaltend, die Demonstration verlief ohne Störung.

Langensalza. Hier waren 500 Personen versammelt, in Sömmerda und Tennstedt etwa 400 Personen.

Wiesbaden. Die Demonstration fand unter freiem Himmel statt. 10 000 Personen mögen daran teilgenommen haben. Die Veranstaltung nahm einen glänzenden Verlauf. Die Fortschrittler hatten eine Teilnahme abgelehnt.

Bielefeld. Die Demonstration bestand hier in einem zweistündigen Umzug durch die Stadt, an dem sich ca. 5000 Personen beteiligten. Auf dem Kaiser-Wilhelms-Platz endete die Demonstration mit Hochs auf das freie Wahlrecht. Störungen sind nicht zu verzeichnen.

Münster (Westfalen). Seit 10 Jahren fand hier zum erstenmal wieder eine von Sozialdemokraten veranstaltete Versammlung statt. Sie war überfüllt, trotzdem die Zentrumspresse abgelehnt hatte, die Versammlungsanzeigen aufzunehmen. Die angeschlagenen Plakate wurden in der Nacht von fanatischen Zentrumsanhängern heruntergerissen. An die Versammlung schloß sich ein Straßenumzug.

Elberfeld. Die Wahlkreise Elberfeld-Barmen, Remscheid und Solingen hielten eine gemeinsame Demonstration auf einer Wiese bei Elberfeld ab. 50 000 Teilnehmer waren anwesend. Von vier Tribünen wurde gesprochen. Die Stimmung war eine äußerst begeisterte und eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Bochum. Der Wahlkreis Bochum hatte eine große Versammlung im Saale und den Gartenanlagen des Schützenhofes veranstaltet. 15 000 Personen waren versammelt. Außer vier Parteigenossen sprach ein Demokrat. Der Abmarsch in die Stadt ging ohne Zwischenfall vonstatten. Trotzdem wurden mehrere Personen ohne ersichtlichen Grund verhaftet, wobei einige Beamte sich wieder außerordentlich rücksichtslos benommen haben.

Köln. Die Versammlung unter freiem Himmel war von 10 000 Personen besucht. Es kamen keinerlei Zwischenfälle vor.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100411/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG